

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mk. pro Woche, 7.50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 28 885. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837

Dienstag, 6. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0.30 Mk., auswärts 0.50 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeits- und Verblammlungsanzeigen 0.10 Mk. Retlame: Die Millimeterzeile, 8-spaltig oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Nicht Worte — Taten verlangen die Arbeiter!

Was ist gesch. hen für die Durchsetzung der zehn Forderungen des ADGB.

Auf die Forderung der Erfassung der Goldwerte gab die Großindustrie die Antwort: Uebergabe der Staatsbetriebe, der Eisenbahnen und der Post, in den privatkapitalistischen Besitz des Herrn Stinnes.

Selbst dem am weitesten rechts stehenden SPD. Arbeiter sollte es nunmehr klar sein, daß die Kommunisten Recht daran taten, immer wieder vor der Stinnesierung vor allen Dingen nach dem Pakt von Görlitz, zu warnen. Keine „bloße Agitationsphrase“, wie die SPD. Presse unseren klaren Klassenkampfstandpunkt nannten, war diese bringliche Warnung, sondern in ihr war enthalten die ernste Besorgnis um das Los der gesamten Arbeiterklasse.

Heute liegen die Dinge greifbar nahe für jeden, der überhaupt sehen will vor den Augen: Zwei Fronten stehen sich gegenüber,

hier das Proletariat — dort Stinnes.

Die Arbeiter der SPD. stehen oder wollen vielmehr stehen auf der Seite des Proletariats. Aber die Taten ihrer Führer sehen anders aus. Noch unlängst erklärte ihr „Genosse“ — Minister Severing im Preußenhaus:

Daß er gegen die Verwendung von Monarchisten im Verwaltungsdienst nichts habe. Er könne das Wirtschaftsprogramm von Stinnes zum großen Teil unterschreiben. Mit Stinnes könne man ein gutes Stück Weges zusammengehen.

Gleichzeitig lautet das Programm des ADGB., der genau so wie Severing mit dem Stinnesmann Boelitz in einer Regierung sitzt, mit Stinnes in ein und derselben Arbeitsgemeinschaft beratschlagt über den „Wiederaufbau der Wirtschaft“, d. h. des Kapitalismus: Kampf gegen die Stinnesdiktatur.

Es ist unlösliche Widersprüche vorhanden.

Und tausendmal berechtigt ist die Warnung der Kommunisten, den Führern des ADGB. auf die Finger zu zeigen. Tausendmal zu Recht besteht das Mißtrauen der Arbeiterklasse ob dem ernststen Willen der Gewerkschaftsbürokratie, für die eigenen Forderungen mit der nötigen Energie und Kampfschlossenheit aufzutreten. Tausendmal richtig ist die Befürchtung der Arbeiter, daß die Herrn sozialdemokratischen Minister in ihren geheimen Kabinetten zusammen mit den Stinnesministern das wieder verbürgen könnten, wonach eine klassenbewußte Arbeiterklasse im mühseligen Kampfe ringt.

Wenn eine demagogische SPD.-Führerschaft versucht, diese im Interesse des gesamten Proletariats notwendige Aufmerksamkeit und dieses Mißtrauen gegen ihre eigenen höchstheuren Stinnesunternehmungen zu vertuschen und zu durchkreuzen durch eine nie gekannte Heße gegen die Kommunisten, so weiß jeder, daß dies nur die Methode der Erkappten ist, die da „haltet den Dieb“ rufen.

Es darf einer völlig im Stinnes-Fahrwasser schwimmenden SPD.-Führerschaft nicht gelingen durch „Enthüllungen“ gegen Kommunisten, entnommen den geheimen Gesprächsprotokollen des Spitzelchefs Weiskamm, das Zusammengehen der Arbeiterklasse in einer einzigen schlagkräftigen Front gegen die Stinnesdiktatur zu verhindern.

Es darf nicht sein, daß man die Kommunisten als die unbequemen Mahner und Dränger, als das proletarische Gewissen durch künstliche Heße von den anderen Arbeitsbrüdern trennt.

Für die Arbeiter aller Parteien gibt es nur eine Antwort auf die Zersplitterungsversuche eines unverantwortlichen Führerklingels:

Kampf, unbedingter Kampf für die zehn Forderungen des ADGB., die am 15. November aufgestellt wurden als Kampfbasis gegen die Offensive der Industriellen:

1. Vertiefung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragnisse der Veränderung des Goldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wollrauwinnne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Soziale Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentcheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der p. i. -wirtschaftlichen Monopole.

Unermüßlich untersucht, was die Gewerkschafts- und Parteiführer tun, um diese Minimalforderungen durchzusetzen!

Keine Belegschaftsversammlung, keine Gewerkschaftsveranstaltung darf stattfinden, in der nicht die Besprechung der zehn Punkte stattfindet und die Festlegung der zu unternehmenden Schritte, falls die Gewerkschaftsbürokratie ihre eigenen Forderungen wieder stillschweigend in der Verlenkung verschwinden lassen will.

Die Stinnes, die Proletariat!
Der Kampf muß auf der ganzen Linie beginnen!
Es lebe die kampfschlossene proletarische Einheitsfront!

Allgemeiner Reichs- oder einzelgewerkschaftlicher Betriebsrätekongress?

P. M. Es ist bekannt, daß im Anschluß an die Bewegung der revolutionären Arbeiterschaft zur Befreiung eingekerkelter politischer Gefangenen aus den Betrieben heraus aus allen Teilen des Reiches nach Berlin Delegationen zum Reichsjustizminister und zum Reichstag geschickt wurden, um auf die Amnestierung zu drängen. Ganz naturgemäß fanden sich diese Betriebsvertretungen zum gemeinsamen Handeln, zur Beratung der zu unternehmenden Schritte zusammen, als der SPD.-Minister Radbruch ihnen die kalte Schulter zeigte. Es kam nach Aufforderung an die Berliner Betriebsräte und an alle Arbeiterorganisationen ein provisorischer Betriebsrätekongress zustande, der einen Ausschuß wählte mit dem Auftrag, für die Einleitung eines Reichsbetriebsrätekongresses Sorge zu tragen.

Eine Resolution legte sich auf einen allgemeinen Betriebsrätekongress fest. Auf diese hat nun der ADGB., der Afabund und die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale geantwortet.

Das Antwortschreiben ist ziemlich gewunden. Auf der einen Seite ruft man hochmütig aus, wir lehnen es ab, die Verantwortung für irgend welche Aktionen „liegender Kommissionen“ zu tragen, auf der anderen Seite wird erklärt, in den kommenden Kämpfen wolle man durchaus nicht auf die Unterstützung der Betriebsräte verzichten, sondern sie im Gegenteil benutzen zur Erfassung örtlicher, breiter Schichten der Arbeiter. Die Gesamttendenz ist jedoch entschieden ablehnend.

In der Frage der Amnestie werden die Betriebsräte an die politischen Parteien verwiesen. In den Steuer- und Steuerungsangelegenheiten würden die Ausschüftagungen der ADGB. und des Afabundes das Programm weiter behandeln und die erforderlichen Beschlüsse fassen, wobei die Möglichkeit der Hinzuziehung der Vertreter der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale vorhanden sei. Im übrigen möge man hübsch vorschriftsmäßig den Weg gehen, der durch den Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation gezeichnet sei.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Die Gewerkschaftsbürokratie verbittet sich, daß die die Massen bewegenden Sorgen, Wünsche und Forderungen auch wirklich in breiterer Kampffront als Massenaktion ohne Rücksicht auf Partei und gewerkschaftliche Zugehörigkeit erkämpft werden; sie will auch weiterhin in dem staubigen Dunkel der kleinen Führerzirkel die „Aktion“ ausdenken und sie als Vorschrift und Heilslehre etwa in Form eines schönen Aufrufs den Massen vorlesen.

Da muß von vornherein festgestellt werden: An Resolutionen, Erklärungen und Programmen haben die Arbeiter nunmehr übergenug. Zu tief ist in das Gedächtnis der Massen eingegraben, daß die Gewerkschaftsführer seit der Revolution noch nie durch Taten selbst zu ihrem Minimalprogramm gestanden haben. Es sei hier nur erinnert an die Bielefelder 8 Punkte, die zwar benutzt wurden von der Gewerkschaftsbürokratie, um die Arbeiter nicht allzu radikal gegen die Rappverbrecher vorzugehen zu lassen, die aber praktisch völlig unter den Tisch geieben, sobald die Gefahr für die Ebert-Republik vorüber war. Wer gedenkt auch nicht der dann folgenden zehn Punkte der ADGB. zur Zeit, wo stürmisch endlich Maßnahmen gefordert wurden von den Massen zur Bekämpfung des Elends der Arbeitslosen? Auch sie tauchten lautlos unter ins Nichts.

Und nun ist der Ruf der Massen wiederum nicht zu betäuben. Sie verlangen die Abwälzung der Kriegslasten, Reparationen, Steuern nicht auf ihre eigenen schwachen Schultern, sondern auf die Kriegsgewinnler, Schieber, Wucherer und Großkapitalisten. Sie verlangen die Erfassung der Sachwerte. Bereits hat auch diesmal der ADGB. in einem jährlich fast einwandfreien Aufruf 10 Forderungen aufgestellt, die, wenn man nur ernstlich an ihre Erfüllung gehen wollten, einem heißen Kampf gegen die Stinnesdiktatur gleichkommen und zu einem Hebel werden könnten zur Umwälzung der gesamten Besitzverhältnisse zugunsten des heute maßlos verelendeten Proletariats.

Wird die Hoffnung der Arbeiterschaft auf Erfüllung der Forderungen auch diesmal wieder enttäuscht wie bei allen den anderen „Punkten“? Die Massen haben ein freies Gefühl dafür, daß alle diese ominösen Punkte gar zu oft nicht als Kampfprogramm, son-

Gelegentlich durchbrochener Achtstundentag. Bayern in Deutschland voran.

Die Durchbrechung des Achtstundentags, die schon so oft vorgenommen wurde, hat jetzt ihre gesetzliche Sanktion in Bayern erhalten. Im Wirtschaftsausschuß des bayrischen Landtages wurde ein Antrag mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen, nach dem in Gewerben, in denen regelmäßig im Jahr ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis entsteht, ferner in Gewerben, in denen meist nur Arbeitsbereitschaft in und endlich in Betrieben die mit der Landwirtschaft in direktem Zusammenhang stehen, darf eine längere als die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

Die sozialistischen Abgeordneten sprechen sich vor allem unter dem Gesichtspunkte gegen den Antrag aus, daß die Arbeiterschaft nicht unangenehm überrascht werden sollte. Sie hielten es mit dem Minister für soziale Fürsorge Oswald, der erklärte, daß in betreffenden Betrieben auch ohne gesetzliche Regelung

schon so lange gearbeitet wird, wie es die Unternehmer für nötig halten.

Sozialdemokratische Arbeiter die nach der Ansicht einzelner Führer gar nicht vorhandene Stinneskoalition macht auch erneut zu Sklaven der Kapitalisten. Wacht auf!

Standrecht gegen Hunger.

Das österreichische Proletariat, getrieben von Hunger und Elend, hat zu Hunderttausenden demonstriert gegen die verbrecherische kapitalistische Gesellschaft. Die christlich-soziale Regierung hat keine Maßnahmen ergriffen um dem Vorkriegswucher, dem Ausverkaufsgeschäft ein Ende zu machen. Das zum Äußersten getriebene Proletariat hat die Schlemmerlokale, die Luxushotels kaputt geschlagen. Die österreichische Regierung weiß gegen das Elend nichts zu tun, als das Standrecht zu verhängen. Die Kommunisten werden verfolgt. Die Wiener „rote Fahne“ wird beschlagnahmt. Das endlich erwachte Proletariat wird trotzdem „reinen Tisch“ machen.

Der 2. Tarifklasse für alle Ostklassen erhöht werden. Es ist nun die Aufgabe aller interessierten Arbeiter in den Betrieben, den Unternehmern die unbedingt notwendige Forderung in nachdrücklicher Weise klar zu machen. Eine intensive Propaganda für die Forderung muß entfaltet werden im Hinblick auf die Tatsache, daß die Nachfrage nach Zeichnungsarbeitern und Zeichnern überhaupt nicht befriedigt werden kann. Den Kollegen ist dringend zu empfehlen, jede Überarbeit abzulehnen; es kann nicht angehen, daß die Arbeiter sich dazu herablassen, ihre Position zu verschlechtern. Voraussetzungen sind, wie einzelne Unternehmer sich bei schlechter Konjunktur benahmen, ist nicht für die Holzarbeiter kein Anlaß, den Unternehmern entgegen zu kommen. Wenn nun aber Überwinden unbedingt geleistet werden müssen, so nur laut Vertrag für acht Tage. Darüber hinaus muß mit dem Schlichtungsausschuss verhandelt werden. Den Kollegen muß empfohlen werden, sich die gedruckten Tarife mit Anfang für 60 Pf. zu beschaffen.

Wichtig ist zu beachten, daß der Gehälter-Ausschuß mit der Fiskalisierung Verhandlungen hatte über die Erhöhung der Entschädigung der Mitglieder. Der Gehälter-Ausschuß hat in seiner Vorlage im 1. Jahr 20,00 Mark und für jedes weitere Jahr eine Erhöhung um weitere 20,00 Mark gefordert. Die Innung hat beschlossen, im 1. Jahr 15 Mark, im 2. Jahr 25,00 Mark, im 3. Jahr 30,00 Mark und im 4. Jahr 50,00 Mark zu bezahlen. Eine Eltern- und Lehrlingsversammlung wird sich mit dieser Frage beschäftigen. W. V.

Kommunistische Internationale.

Die Internationale in Zahlen.

In der „Pravda“ veröffentlicht Genosse Kalosi ein Verzeichnis der der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien, deren Mitgliederstand, sowie die Zahl der in den einzelnen Ländern erscheinenden kommunistischen Tageszeitungen, der Wochenschriften und der sonstigen periodischen Druckschriften. Nach dieser Aufstellung sind in nicht weniger als 51 Ländern kommunistische Organisationen vorhanden, die insgesamt 2.101.645 Mitglieder umfassen. An erster Stelle steht Sowjetrußland mit rund 550.000 Mitgliedern. Dann folgt Deutschland und die Tschechoslowakei mit je über 300.000, Frankreich mit 130.000, Norwegen mit 97.000, Jugoslawien (bis zum Beginn des Weissen Terrors, jetzt arbeitet die Partei illegal) mit 85.000, Italien mit 70.000, Ukrainische Sowjetrepublik mit 61.000, Bulgarien, Rumänien, Finnland mit je 40.000, Österreich mit 18.000, Niederlande mit 16.000, Schweden mit 15.000, Nordamerika, England, Georgische Sowjetrepublik, Sowjetrepublik, Gorki, Spanien mit je 10.000 Mitgliedern. Die Parteien der übrigen Länder haben unter 10.000 Mitglieder; ihre Zahlen gehen herunter bis auf 900 in Japan, 750 in Südamerika, 600 in Luxemburg, 500 in Palästina und 400 in Portugal. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Jugendinternationale wird mit 800.000 angegeben.

Von den insgesamt 646 kommunistischen Tageszeitungen erscheinen u. a. 500 in Sowjetrußland, 45 in der Ukraine, 33 in Deutschland, 14 in Norwegen, 7 in der Tschechoslowakei. Von den 351 Wochenschriften oder anderen periodischen Druckschriften entfällt die höchste Zahl auf

Rußland (69), ihm folgt die Tschechoslowakei mit 46, Nordamerika mit 31, Norwegen mit 22, Frankreich mit 20, Italien mit 12, Bulgarien mit 11 und Schweden mit 10. Die Jugendinternationale verfügt über 50 Wochenschriften.

Diese Zahlen, so meint Kalosi mit Recht, brauchen keinen Kommentar. Es gibt kaum noch ein Land der Welt, wo nicht kommunistische Parteien oder Gruppen vorhanden wären.

Breslau.

Lokales.

Karl Liebknecht 50. Geburtstag

wurde im kommunistischen Arbeiterheim an Sonntag, den 4. Dezember durch eine ernste, würdevolle Feier begangen. Künstlerische Darbietungen einiger Jugendbünden, sowie Ansprachen von echt revolutionärem Geist befehlten die Anwesenden in dem Gelübde, den Karl Liebknecht ging unerwidelt weiter zu arbeiten, wechselten ab. Der stimmungsvolle geschmückte Raum war überfüllt. Der versammelten und ausführenden Gremien sei an dieser Stelle für die gelungene Veranstaltung der beste Dank ausgesprochen.

Im Arbeiterheim Amsstraße, Ecke Schulzenwiese, finden von 7 bis 9 Uhr, proletarische Konzerte statt, zu den Besuchen sind einladend. Da wo der Eintrittsweg besteht, wird Eintrittsgeld erhoben wird, ist es jedoch möglich zu kommen.

Wie die Kartoffel-Lieferung des Magistrats aussieht.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag, den 1. Dezember d. J., wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, welcher den Zweck haben soll, die ärmere Bevölkerung mit billigen Kartoffeln zu versorgen. Wie es in der Praxis mit dieser Kartoffelversorgung aussieht, davon wissen die Beamten und Angestellten des Magistrats ein Lied zu singen. Mitte Oktober ging ein Angebot des Büro VI durch alle städtischen Büros, daß der Landbund sich angeboten habe, den Beamten und Angestellten, gute Kartoffeln zu mäßigen Preisen zu liefern. Zahlreiche Bestellungen gingen ein. Wer nun geglaubt hat, sich noch vor Eintritt der kälteren Jahreszeit mit den bestellen und bereits seit vier Wochen bezahlten Kartoffeln eindecken zu können, der war auf dem Holzwege. Die Kartoffeln waren zum Schlussabholen vom Güterbahnhof West mit 67 Mark der Zentner angeboten, bei Lieferung frei Keller 72 Mark. Bis heute warten nun die Besteller noch auf Lieferung der Kartoffeln, nur ein kleiner Teil von Beamten ist bisher beliefert worden. Es muß nun angenommen werden, daß mit dieser Kartoffellieferung der Landbund nicht das Geringste zu tun hat, sondern daß diese ganze Angelegenheit ein Privatgeschäft des Dienststellenvorstehers vom Büro VI ist. Wir fragen nun den Magistrat, was er in dieser Angelegenheit zu tun gedenkt und ob er bereit ist, den Beamten und Angestellten des Magistrats zu guten Kartoffeln bei mäßigen Preisen zu verhelfen. Mitte Oktober wäre es den Bestellern noch möglich gewesen, anderweitig zu den angebotenen Preisen Kartoffeln zu bekommen, heute kosten dieselben bereits 120 Mark der Zentner. Wenn die billige Kartoffellieferung für die ärmere

Bevölkerung“ in dieser Weise betrieben wird, werden die betreffenden Kreise wohl bis zur neuen Kartoffelernte warten müssen, wenn sie nicht bis dahin unter der Obhut ihres fürsorglichen Magistrats verhungert sind.

Die Grippe geht wieder in Breslau um. Die unverschämten hohen Lebensmittelpreise, die fast unerschwinglichen Preise für Bekleidungsgegenstände und nicht zuletzt die mörderische Verteuerung von Holz und Kohle, sind die besten Wegebereiter für Krankheit und Tod. Unterdrückt, isoliert und ungenügend beheizt, sowie in dampfenden kalten Pöbelschlaf, sind die Proletarier die ersten und sichersten Grippe-Kandidaten.

Fahrtpreiermäßigung für Jugendvereine.

Unsere Mitteilungsstelle: Im Interesse der weiteren Förderung der Jugendpflegebestrebungen hat der Herr Reichsverkehrsminister die Eisenbahn-Generaldirektionen und die Eisenbahndirektionen ermächtigt, die Fahrpreiermäßigung zu Gunsten der Jugendpflege auf den Strecken der Reichseisenbahn fortan ohne Rücksicht auf die Zeitdauer der Ausflüge zu gewähren.

Zunächst ist die entsprechende Milderung des Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifs, Teil I, in der Wege geeicht worden, um ein gleichmäßiges Verhalten auch bei den übrigen Deutschen Eisenbahnen zu ermöglichen.

Da auch die kommunistische Jugend zur weiteren Förderung der Jugendpflegebestrebungen beiträgt, muß auch sie bei Ausflügen usw. Fahrpreiermäßigung in Anspruch nehmen und erhalten.

Der Bau des Breslauer Krematoriums, das bereits eine prähistorische Angelegenheit ist, ist wieder in ein neues Stadium getreten. Es hat sich eine neue Kommission (die wieviel?) gebildet, die die Erbauung einer Anlage auf dem Gräbchen Friedhof in die Wege leiten soll.

Das städtische Speisehaus 1 auf der Weißgerbergasse, das für den allgemeinen Verkehr vorübergehend geschlossen war, wird demnächst voraussichtlich mit Beginn der kommenden Woche wieder geöffnet werden. Die Preise werden sich auf der gleichen Höhe halten, wie im Speisehaus 2, jedoch werden auch gehaltreichere Speisen zum Preise von 5 M. verabreicht werden, unter der Voraussetzung, daß Wochenkarten für sechs Mahlzeiten zum Preise von 30 M. gelöst werden.

Verjammlungs-Kalender.

1. D. Breslau. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaitstr. 49/50, Frauen-Mitglieder-Verjammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig. Frauen-Agitationskommission.

Ortsgruppe Breslau. Achtung! Distriktsleiter! Alle Distriktsleiter haben bestimmt bis Donnerstag, den 8. Dezember, für Monat November bei den Kassieren der Ortsgruppe abzurechnen. Die Distriktsleiter werden angehalten, auf strenge Durchführung dieser Anordnung zu achten.

1. D. Penzig. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Herbig Mitglieder-Verjammlung. Bezirkssekretär König-Förster referiert. In dieser wichtigen Verjammlung muß jeder Genosse erscheinen. Gänge haben Zutritt. Die Leitung.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Gentsch; Inserate: Max G. Jocher. — Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Büffel u. Danigel. — Sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Sperrenstunde 8 1/2 Uhr
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Freitag 7 1/2 Uhr
Samstag 7 1/2 Uhr
Sonntag 7 1/2 Uhr
Montag 7 1/2 Uhr
Dienstag 7 1/2 Uhr
Mittwoch 7 1/2 Uhr
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Freitag 7 1/2 Uhr
Samstag 7 1/2 Uhr
Sonntag 7 1/2 Uhr

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Das große
Dezember-
Programm

Große Weihnachts-Ziehung
Das beste Geschenk
Geld-Lotterie
1/2 Million
zu Gunsten
des Ostpr. Heimatmuseum
Ziehung am 15 und 16. Dezember
Hauptgewinn 75.000
50.000
30.000
10.000
u. s. w.
Lose zu Mark 4
10 gut sortierte Mark 35
versandt
Lotterie-Börse
Bernhard Eberlein
Hamburg 4, Hafenstr. 122 II.

Sowjet-Russland im Bild
Nummer 2
erschient neu am 1. Dezember
zum Preise von Mark 1,—
Diese Nummer bringt zahlreiche, zum größten Teil unveröffentlichte Bilder aus Russland. Das Titelbild zeigt das „Erwachende“ Wirtschaftsleben in „Sowjet-Russland“. Ausser dem Bild zur Erinnerung an den 7. November, der Roter Armee, aus dem H. N. Zergel und Kunderhagen mit einem Artikel über die „Arbeitsweise in Sowjet-Russland“ von Edwin Hoernle. Neue Nachrichten aus dem fernen Osten mit einem Lichtbild der vor Hitze aufgesprungenen Früchte und einem Gedicht von Bruno Schönanek. „Russland“ machen die 12-tägige Zeitung besonders empfehlenswert.
Bestellungen nimmt entgegen der Matik-Verlag Berlin-Halensee, Kurstädterstr. 76; Das Komitee Arbeiterhilfe, Berlin C 51, Rosenthaler Str. 38. Ausserdem Oswald Scho 2, Breslau, Auguststr. 123.

DR. EUGEN PAWLOWSKI
Der Bankrott Deutschlands
INHALT: Vorwort / Einleitung / I. Teil. Die Wirtschaftskrise Deutschlands: 1. Die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands; 2. Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges — a) Niedrigung der Landwirtschaft — b) Die Krise der Industrie — c) Das Bauwesen — d) Der Verfall des Transportwesens; 3. Wo sind die deutschen Arbeiter? / 4. Die Verarmung der Arbeiterklasse Deutschlands — a) Der Zusammenbruch der Ernährung — b) Teuerung und Lebenshaltung; 5. Der Rückgang der Arbeitsleistung; 6. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse macht die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig; 7. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland; 8. Das Reparationsproblem; 9. Teil. Die Finanzkrise des deutschen Reiches: 1. Alte Sünden; 2. Die Ergebnisse der vorläufigen Finanzpolitik — a) Das Defizit des Staatshaushaltes — b) Die Entwertung des Geldes — c) Die Verschiebung in der Vermögens- und Einkommensverteilung; 3. Das Steuerproblem im „Innenstaat“; 4. Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten; 5. Die Rhodus, die Sitta; 6. Was die vorläufige Anleihe räumt; 7. Die „Frieden“ der gelben Internationale; 8. Der Übergang zur Regierung; 9. Die Agrarier im Klassenkampf; 10. Die Ohnmacht der Sozialdemokratie; 11. Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie; 12. Die Steuerlast der Arbeiter; 13. Herr Parvus als Retter in der Not! / 14. Dem Zusammenbruch entgegen; 15. Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus
Zirka 189 Seiten
Preis Mk. 2.50, geb. Mk. 6.—
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Wichtig für Käufer!
Wir sind in der Lage, Ihnen heute noch die günstigsten Angebote zu machen.
Stoffen
Woll-, Kattun-, Jappa, Anzüge
zu sehr billigen Preisen
Herrenbekleidungshaus
Mühlentorstr. 43, am Mühlentor
Inhaber: Hermann Paritzke

Proletarier lies!
Der heutige Proletarier des Westens kann die geistige Diktatur des Kapitalismus nicht ertragen!
Die kommunistische Bewegung
Breslau 5, Gröbnerstr. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur.
Kommunistische Zentrale in Breslau!

Anzüge, Cutawans, gestr. Hosen, Ulster, Raglan
mit Maß
650-1200 M.

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte MOBEL sowie ganze Einrichtungen zu billigen und vorzüglichen Preisen?
Ed. H. Kluge
Klosterstr. 43

Anzüge, Cutawans, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen,
nach Maß und fertig am Lager, Verarbeitung nach allen Modellen aus nur guten Stoffen lassen Sie am besten ein
Berndtshaus seiner Herrenbekleidung
Berthold Schubert
Gartenstrasse 12.

Arthur Schubert
Breslau
Garten-Neubaustr. 27b
Ecke Hauptstr.
Garten-Neubau, Str. 27b

Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Leibnizstr. 1

Kautabaf
Kleider, Kost. 12 M. 50, empf.
O. Weene,
Breslau, Dörfl. 25.

Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten.